

Bekanntmachung

Die 02. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung findet am Dienstag, den 13.03.2018 statt.

Beginn: 17:00 Uhr

Ort: Hansestadt Stralsund, Rathaus, Konferenzsaal

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Bestätigung der Niederschrift der 01. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung vom 10.01.2018
- 3 Beratung zu Beschlussvorlagen
- 4 Beratung zu aktuellen Themen
 - 4.1 Bericht zur Polizeistatistik
 - 4.2 Konflikte in der Auferstehungskirche im Stadtteil Grünhufe
 - 4.3 Vorstellung des bundesweiten Netzwerkes zur Stärkung und Unterstützung von Aktivitäten aus Migrationsorganisationen in der Flüchtlingsarbeit
- 5 Verschiedenes

Nichtöffentlicher Teil

- 6 Beratung zu Beschlussvorlagen
- 7 Beratung zu aktuellen Themen
- 8 Verschiedenes

Öffentlicher Teil

- 9 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

gez.
Sabine Ehlert
Ausschussvorsitzende

TOP Ö 2

Hansestadt Stralsund
Ausschuss für Familie, Sicherheit und Gleichstellung

Niederschrift der 01. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung

Sitzungsdatum: Mittwoch, den 10.01.2018
Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 17:40 Uhr
Raum: Hansestadt Stralsund, Rathaus, Konferenzsaal

Anwesend:

stellv. Vorsitzende/r

Frau Dr. med. Annelore Stahlberg

Mitglieder

Frau Kerstin Friesenhahn

Frau Anett Kindler

Frau Maria Quintana Schmidt

Frau Sabine Tiede

Frau Brigitta Tornow

ab 17:05 Uhr

Vertreter

Herr Tino Rietesel

Vertretung für Frau Sabine Ehlert

Frau Anita Schmid

Vertretung für Frau Dr. Heike Carstensen

ab 17:20 Uhr

Frau Ann Christin von Allwörden

Vertretung für Herrn Harald Ihlo

Protokollführerin

Frau Maxi Hoffmann

von der Verwaltung

Frau Kathi Gutschmuths

Frau Andrea Jurk

Herr Andre Kretzschmar

Frau Anke Landgraf

Frau Stefanie Schmidt

Herr Heino Tanschus

Gäste

Frau Jutta Lüdecke

Tagesordnung:

- 1 Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Bestätigung der Niederschrift der 10. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung vom 05.12.2017
- 3 Beratung zu Beschlussvorlagen
- 3.1 Haushaltssatzungen und Haushaltspläne 2018/2019 der Hansestadt Stralsund
Vorlage: B 0073/2017

- 4 Beratung zu aktuellen Themen
- 4.1 Mobiles touristisches Informationssystem für Stralsund
Einreicher: Maximilian Schwarz, CDU/FDP-Fraktion
Vorlage: AN 0057/2016
- 4.2 Auswertung: Stralsund grenzenlos? Menschen in Aktion -
Aktionwoche vom 04. bis 07.09.2017
- 5 Verschiedenes
- 9 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von
Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

Einleitung:

Von 9 Mitgliedern des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung sind 7 Mitglieder anwesend, womit die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Die Sitzung wird durch die stellvertretende Ausschussvorsitzende Frau Dr. med. Annelore Stahlberg geleitet.

Es erfolgt eine Tonträgeraufzeichnung.

zu 1 Bestätigung der Tagesordnung

Die stellvertretende Ausschussvorsitzende Frau Dr. Stahlberg schlägt vor, dass Thema unter dem Tagesordnungspunkt 4.1 Mobiles touristisches Informationssystem für Stralsund von der Tagesordnung zu nehmen. Als Begründung führt sie aus, dass der Einreicher Maximilian Schwarz zur Sitzung nicht anwesend ist und keine Auskunft über den vorliegenden Antrag geben kann.

In der Folge verschieben sich die übrigen Tagesordnungspunkte entsprechend. Die Abarbeitung in der Niederschrift bleibt hiervon unberührt.

Die Tagesordnung wird mit der o.g. Änderung bestätigt.

Abstimmung: 7 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenenthaltungen

zu 2 Bestätigung der Niederschrift der 10. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung vom 05.12.2017

Die Niederschrift der 10. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung vom 05.12.2017 wird ohne Änderungen/Ergänzungen bestätigt.

Abstimmung: 5 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 2 Stimmenenthaltungen

zu 3 Beratung zu Beschlussvorlagen

zu 3.1 Haushaltssatzungen und Haushaltspläne 2018/2019 der Hansestadt Stralsund
Vorlage: B 0073/2017

Frau Jurk erläutert die für den Ausschuss für Familie, Sicherheit und Gleichstellung relevanten Teilhaushalte aus dem Haushaltsplan für die Jahre 2018/2019 und geht insbesondere auf die Veränderungen zum vergangenen Haushalt ein.

Dabei führt die Abteilungsleiterin aus, dass die Zuschüsse für den Verein zur Förderung der Kriminalitätsprävention Stralsund, für die Öffentlichkeitsarbeit des kommunalen Präventionsrates und für das Mehrgenerationenhaus in identischer Höhe zum vergangenen Haushalt berücksichtigt wurden. Es wurden auch finanzielle Mittel für die Unterstützung der Projekte des Kreisdiakonischen Werkes Stralsund und für das Nachbarschaftszentrum im Doppelhaushalt eingeplant.

Im Jahr 2019 wird ein Zuschuss an das Lokale Bündnis für Familien in Höhe von 1.000€ eingestellt, wobei im Jahr 2018 diese Finanzierung noch von Mitteln des Sparkassenfonds getragen wird. Bei den Zuschüssen für das Frauenschutzhaus gibt es Veränderungen, da der Bedarf, der für 2017 vorgesehen war, bereits in der Hälfte des Jahres aufgebraucht war, so dass überplanmäßige Mittel zur Verfügung gestellt wurden.

Die Erhöhung der Zuschüsse durch die Stadt sind auf die Erkenntnisse aus dem vergangenen Haushaltsjahr und auf eine neue Richtlinie zurückzuführen, nach der staatlich anerkannte Sozialpädagogen tätig werden müssen und eine 24 Stunden Rufbereitschaft erfolgen muss.

Der Zuschuss an den Seniorenbeirat wird im Jahr 2018 um 1.500€ erhöht, weil in dieser Zeit die Seniorenkulturtagung stattfinden.

Die größte Position im vorliegenden Haushalt wird durch den Anteil der Wohnsitzgemeinde an den Kitakosten beansprucht. Im Jahr 2017 wurden dafür 6,1 Mio. € eingeplant, wobei die tatsächliche Auszahlung bei 6,3 Mio. € lag. Als Gründe dafür führt Frau Jurk die steigenden Kinderzahlen im Stadtgebiet und die jährlichen Leistungsverhandlungen der Kindertagesstätten aufgrund der steigenden Personal- und Betriebskosten an. Des Weiteren läuft die Bundesförderung der 24 Stunden Kita aus, wodurch eine Mehrbelastung von 50.000€ entsteht. Das bedeutet, dass im Jahr 2018 6,8 Mio. € und im Jahr 2019 7,2 Mio. € für die Kitakosten vorgesehen sind.

Die Zuschüsse für die Tagespflege orientieren sich an dem Niveau des Vorjahres. Im Bereich Jugendarbeit gab es eine Steigerung der finanziellen Mittel, weil die Schulsozialarbeit mit 90.000€ an die freien Träger unterstützt wird, um allen Kindern, unabhängig vom Status des Elternhauses, eine Chance auf Bildung und Förderung zu ermöglichen. Frau Jurk betont, dass das keine Pflichtaufgabe der Stadt ist.

Weiterhin erläutert sie die finanziellen Mittel für die Sanierung von Gebäuden.

Bei der Investitionsvergabe für die Sanierung der Spielplätze orientiert sich die Stadt an der Prioritätenliste des Spielraumentwicklungskonzeptes aus dem Jahr 2014.

Im Bereich Sicherheit und Ordnung beschränkt sich Frau Jurk auf dem Bereich Feuerwehr und erläutert den Mitgliedern des Ausschusses, dass 35.000€ für die Brandschutzbedarfsplanung durch ein unabhängiges Ingenieurbüro vorgesehen sind. Außerdem sind finanzielle Mittel für die Sanierung der ehemaligen Rettungswache und die Ausstattung der Dienstbekleidung des Löschzuges vorgehalten. Ein erhöhter Bedarf wurde für die Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten angemeldet.

Frau Tiede erkundigt sich nach den jährlichen Zuwendungen für den Seniorenbeirat und hinterfragt das Verhältnis zum Förderverein. Frau Jurk erklärt, dass im Jahr 2018 7.600€ und im darauffolgenden Jahr 6.100€ zur Verfügung stehen. Die Veränderung zum vergangenen Haushalt wird mit der Austragung der Seniorenkulturtagung begründet. Das Geld kommt

dem Seniorenbeirat für die Abwicklung der laufenden Leistungen und der Besetzung der Personalstelle zu Gute.

Frau von Allwörden möchte von der Verwaltung wissen, ob die Brandschutzbedarfsplanung zwingend von einem Ingenieurbüro erstellt werden muss.

Herr Tanschus führt aus, dass diese Planung nicht zwingend durch externe Gutachter aufgestellt werden muss, sich aber die Verantwortlichen für eine Zusammenarbeit mit einem Ingenieurbüro entschieden haben, um ein qualitativ hochwertiges Ergebnis der Bürgerschaft vorzulegen.

Zum Thema Feuerwehr hinterfragt Frau Dr. Stahlberg die qualitative Aufstellung der Feuerwehr. Herr Tanschus informiert, dass die Integration der Freiwilligen Feuerwehr in die Berufsfeuerwehr ein Prozess ist, der 2020 beendet werden soll. Er beurteilt die Entwicklung der Integration der freiwilligen Feuerwehr als positiv und ist zuversichtlich, dass die eingesetzten Mittel in die Aus- und Fortbildungen und die Sanierung der Gebäude gut eingesetzt sind. Die Frage der Diensttauglichkeit der Beamten kann der Amtsleiter bestätigen und bescheinigt einen guten bis sehr guten Fitnesszustand der Feuerwehrbeamten.

Frau Kindler erkundigt sich nach der Verwendung der Zuschüsse für das Lokale Bündnis für Familien in Höhe von 1.000€. Frau Cornils erklärt den Ausschussmitgliedern, dass die Mittel beispielsweise für die Aktion „Rettungsboot“ und „Familienlotsen“ eingesetzt werden und für die erneute Veranstaltung des Familientages im Sommer.

Frau Friesenhahn stellt die Notwendigkeit eines Taucherlehrgangs für die Feuerwehrbeamten in Frage. Herr Tanschus bescheinigt die Wichtigkeit eines solchen Lehrgangs, da der Prozentanteil der Wasserflächen innerhalb des Stadtgebietes hoch ist. Die finanziellen Mittel für die Ausbildungen in diesem Bereich sind zum heutigen Zeitpunkt schon vorgehalten und sollen erweitert werden.

Die Ausschussmitglieder haben keine weiteren Fragen. Frau Dr. Stahlberg bedankt sich bei den anwesenden Verwaltungsmitarbeitern für die Vorstellung des Doppelhaushaltes 2018/2019 und stellt die Vorlage B 0073/2017 zur Abstimmung.

Abstimmung: 7 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 2 Stimmenthaltungen

Der Ausschuss für Familie, Sicherheit und Gleichstellung empfiehlt der Bürgerschaft, die Vorlage B 0073/2017 entsprechend der Beschlussempfehlung zu beschließen

zu 4 Beratung zu aktuellen Themen

zu 4.1 Mobiles touristisches Informationssystem für Stralsund Einreicher: Maximilian Schwarz, CDU/FDP-Fraktion Vorlage: AN 0057/2016

Frau Dr. Stahlberg unterbreitet den Ausschussmitgliedern den Vorschlag, den Antrag dem Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Gesellschafteraufgaben zu übergeben. Als Begründung führt sie aus, dass Herr Schwarz dort als Ausschussvorsitzender tätig ist und dort die Thematik aufgrund der touristischen Bezüge besser aufgehoben ist.

Abstimmung: 7 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

Der Ausschuss beschließt, den Antrag AN 0057/2016 an den Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Gesellschafteraufgaben zu übergeben.

zu 4.2 Auswertung: Stralsund grenzenlos? Menschen in Aktion - Aktionwoche vom 04. bis 07.09.2017

Frau Landgraf resümiert die Aktionswoche „Stralsund grenzenlos? Menschen in Aktion“, die vom 04.09 bis 07.09.2017 durchgeführt wurde. Sie stellt den Ausschussmitgliedern die einzelnen Veranstaltungen der vier Aktionstagen vor und deren Bewertung durch das Organisationsteam. Die Leiterin der Kontakt- und Informationsstelle für Selbsthilfegruppen (KISS) wertet die Organisation und die Resonanz in der Öffentlichkeit als sehr positiv.

Die größte Resonanz aus der Bevölkerung erhielten die Organisatoren am ersten Tag bei der Durchführung der „Rollstuhlrallye“ in der Altstadt. An der Veranstaltung gab es über 50 aktive Teilnehmer, darunter viele Mitarbeiter aus der Verwaltung der Hansestadt Stralsund und aus dem Landkreis Vorpommern-Rügen. Das Ziel der Veranstaltung, das Bewusstsein für die Situation von Menschen mit Behinderung zu sensibilisieren, wurde aus Sicht der Veranstalter erreicht.

Am zweiten Tag stand der Sporttag für Schulen am Berufsförderungswerk auf dem Plan, dessen Bestandteil die Erprobung von Sportarten mit Handicap war. Die Schüler haben die angebotenen Aktionen sehr offen und unbefangen aufgenommen und entsprechend mitgewirkt. Für zukünftige Projekte dieser Art wird ein komprimierter Zeitplan angestrebt.

Der dritte Tag konzentrierte sich auf die Angebote „behinderte Menschen erleben unsere Stadt“ und am Nachmittag auf das Projekt „Musik verbindet“. Aufgrund der Wettersituation blieben viele Betroffene der Stadtführungen fern und auch die kostenfreien Angebote wurden zur Überraschung von Frau Landgraf nicht in großer Anzahl angenommen. Diese Gelegenheit lässt sich aber nicht auf mangelnde Öffentlichkeitsarbeit zurückführen.

Für den letzten Tag der Aktionswoche war die Ausstellung auf dem Alten Markt vorgesehen, an der sich viele Anbieter beteiligten. Außerdem wurde ein Vortrag im Rathaus mit dem Thema „Stigma und Barriere im Kopf – die Entwicklung der Erwachsenenpsychiatrie“ gehalten.

Abschließend bewertet Frau Landgraf, basierend auf die Resonanz der Interessierten, die Entwicklung und Darstellung der Hansestadt Stralsund in Bezug auf die Integration von Menschen mit Behinderung als positiv. Sie weist aber auch darauf hin, dass noch Verbesserungspotential vorhanden ist. Für die Zukunft haben sich die Organisatoren in Zusammenarbeit mit der Beauftragten für die Integration von Menschen mit Behinderungen vorgenommen, das Thema Stadtplan für Menschen mit Behinderung zu unterstützen. Derzeit wird eine Dokumentation der Aktionswoche und Informationen zur Teilhabe von Menschen mit Handicap in der Hansestadt Stralsund erstellt. Im zweiten Halbjahr ist eine Zeitung mit Selbsthilfeangeboten für Menschen mit Behinderungen geplant.

Frau Dr. Stahlberg bedankt sich für die Ausführungen und für die Durchführung der angesprochenen Projekte.

Frau van Allwörden schildert ihre Erfahrungen von der Rollstuhlrallye und befürwortet solche Aktionen mit dem Hintergrund, das Bewusstsein der Menschen für die bestehenden Hindernisse von Betroffenen zu sensibilisieren. Sie bittet Frau Landgraf, eine Übersicht der erkannten Probleme, die durch die Aktion aufgeworfen wurden, den Fraktionen zur Verfügung zu stellen.

Frau Tiede erkundigt sich nach dem Ausgang des Vorfalls während der Rallye, als ein Mann mit einem elektrischen Rollstuhl keine Möglichkeit hatte, den Öffentlichen Personennahverkehr zu nutzen. Frau Landgraf will dieses Problem in die Mängelliste mitaufnehmen und entsprechende Gespräche führen.

Frau Quintana Schmidt erläutert den Ausschussmitgliedern ihre Erfahrungen, die sie bei der Aktion gesammelt hat und von einem Betroffenen, der durch seinen Rollstuhl nicht an Kinoveranstaltungen aufgrund der mangelnden Erreichbarkeit des Gebäudes teilnehmen kann. Frau Landgraf nimmt auch dieses Problem mit auf.

Frau Dr. Stahlberg begrüßt die positive Resonanz der Ausschussmitglieder.

zu 5 Verschiedenes

Frau Dr. Stahlberg weist auf den vorliegenden Arbeitsplan für das Jahr 2018 hin.

Frau Friesenhahn hinterfragt die Thematisierung des Lärmschutzkonzeptes im Ausschuss.

Anmerkung zum Protokoll: Der Lärmaktionsplan, 2. Stufe ist bereits in der 01. Sitzung der Bürgerschaft beschlossen worden, wodurch eine Beratung durch den Ausschuss entfällt.

Frau van Allwörden schlägt vor, zum Thema Traditionsverein am 15.05.2018 eine gemeinsame Sitzung mit dem Ausschuss für Bildung, Hochschule, Kultur und Sport durchzuführen, da es Überschneidungen im Bereich Kultur gibt.

Anmerkung zum Protokoll: Für den Ausschussvorsitzende des Ausschusses für Bildung, Hochschule, Kultur und Sport Herr Hofmann besteht keine Notwendigkeit zur Durchführung einer gemeinsamen Sitzung, da das Thema im Ausschuss bereits behandelt wurde.

Da es im nichtöffentlichen Teil der Sitzung keinen Beratungsbedarf gibt, entfallen die weiteren Punkte.

Frau Dr. Stahlberg bedankt sich für die Mitarbeit und beendet die 01. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung.

gez.
Frau Dr. Stahlberg
Stellvertretende Vorsitzende

gez.
Maxi Hoffmann
Protokollführung